

Meldung AFD vom 2006-05-22 14:28

D/Unternehmen/Umwelt/Klima/Emissionshandel/Verbraucher/ZF

Neuer Koalitionsstreit um Emissionshandel - Glos will Strafen für Klimasünder senken - SPD lehnt ab (mit SPD-Fraktionsvize Kelber, Grünen)

Berlin, 22. Mai (AFP) - Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) hat mit einem Vorstoß zum Emissionshandel neuen Unmut in der Koalition ausgelöst: Er will Klimasünder künftig milder bestrafen. Ein Ministeriumssprecher bestätigte am Montag einen Brief des Ministers zur weiteren Ausgestaltung des Emissionshandels, der den Schadstoffausstoß in Deutschland senken soll. Aus der SPD sowie von den Grünen kam herbe Kritik: Glos Vorschlag bewiese, dass er das Prinzip des Emissionshandels nicht verstanden habe. Der Wirtschaftsminister hatte sich erst vor rund einem Monat mit Umweltminister Sigmar Gabriel auf neue Regeln für den Emissionshandel geeinigt.

Dieser verpflichtet Kraftwerke und Fabriken, ihren kompletten Kohlendioxid-Ausstoß mit Emissionsrechten abzudecken. Die Gesamtzahl der Emissionsrechte ist begrenzt. Hat ein Unternehmen in einem Jahr mehr ausgestoßen, als es Zertifikate hat, muss es Strafe zahlen und Rechte nachkaufen. Umgekehrt können Firmen, die mit Hilfe von Klimaschutzbemühungen ihren Ausstoß senken konnten, überflüssige Zertifikate verkaufen. Seit Beginn des Emissionshandels im vergangenen Jahr stiegen die Preise zeitweise rapide, zeitweise fielen sie ab. Dies mache deutlich, dass vom «CO2-Markt bislang völlig falsche Preissignale ausgingen», heißt es in dem Brief von Glos, aus dem die «Süddeutsche Zeitung» am Montag zitierte.

Glos schlägt demnach nun vor, wer für seine Kohlendioxid-Emissionen nicht genügend Zertifikate besitze, solle künftig pro Tonne CO₂ nicht mehr hundert Euro, sondern nur 20 Euro Strafe bezahlen. Außerdem sollten die Unternehmen von der Pflicht befreit werden, fehlende Zertifikate nachzukaufen. Der «SZ» zufolge lehnt Gabriel den Vorstoß ab.

SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber nannte Glos' Vorschlag «ärgerlich und wirtschaftspolitisch falsch». Firmen und Konzerne, die nach den bisherigen Emissionshandelsregeln gewirtschaftet hätten, würden um ihre Vorteile gebracht. Zudem seien Glos' Forderungen nicht mit EU-Recht vereinbar; die entsprechende Richtlinie schreibe die Höhe der Strafe von hundert Euro pro Tonne bei zu viel Emissionen vor. Der Grünen-Umweltpolitiker Reinhard Loske erklärte, die geplante Strafreduzierung «würde den Emissionshandel ad absurdum führen und faktisch beenden»: Die Strafe läge dann in Höhe des Marktpreises und würde jede abschreckende Wirkung zu Gunsten des Klimaschutzes verlieren.

eha/um

AFP

221427 MAI 06